

BDM e.V. Gutenbergstr. 7-9 85354 Freising

Bundesministerin für Ernährung
und Landwirtschaft
Frau Julia Klöckner
Wilhelmstraße 54
10117 Berlin



Bundesverband Deutscher Milchviehhalter e.V.



15.01.2021

Sehr geehrte Frau Bundesministerin,

wir wünschen Ihnen für 2021 viel Glück und Erfolg und natürlich vor allem eine gute Gesundheit. Das vergangene Jahr hat uns allen sehr viel abverlangt. Deutlich wurde auch, wie fragil eine sehr stark auf globale Warenströme ausgelegte Wirtschaftspolitik in Krisenzeiten ist.

Die Zukunftssorgen der Landwirtschaft haben im Vergleich zu den vergangenen Jahren in vielerlei Hinsicht zugenommen und haben sich mit Blick auf die Diskussionen um Lösungswege aus der sehr angespannten wirtschaftlichen Situation noch verstärkt.

Wir stellen fest, dass wieder einmal jeder die Verantwortung für die wirtschaftlich miserable Situation der Erzeuger:innen weit von sich – und hin zum anderen – weist. Manche Bäuerinnen und Bauern sehen den Lebensmitteleinzelhandel in der Verantwortung, der LEH verweist hingegen auf die Politik und hier wiederum sucht man die Verantwortung beim Lebensmitteleinzelhandel und beim Verbraucher. Weitgehend aus dem Blick genommen wird dabei die Verarbeitungsbranche, die unmittelbarer Marktpartner des Handels ist. Und wenn ihre Verantwortlichkeit dennoch Thema ist, wird auch hier auf den LEH gezeigt. Der wiederum beruft sich auf die marktwirtschaftliche Situation und die Verantwortung der Verarbeiter, marktkonform in Kontraktverhandlungen einsteigen zu können - und wieder auch auf die Politik.

Der Bundesverband Deutscher Milchviehhalter BDM e.V. ist der Überzeugung, dass man sich mit dieser Form, die Verantwortung immer von einem zum anderen zu schieben, im Kreis dreht und nie zu einer befriedigenden Lösung kommen wird.

Vom Lebensmitteleinzelhandel eine dauerhafte Einkaufspolitik entgegen der marktwirtschaftlichen Situation zu erwarten, entspräche einer Abkehr von marktwirtschaftlichen Grundprinzipien.

Bundesverband Deutscher
Milchviehhalter BDM e.V.
Geschäftsstelle Süd
Gutenbergstr. 7-9
85354 Freising

Sitz: Berlin
Amtsgericht Charlottenburg
VR 34024 B
Steuer-Nr.115/107/30404

Vorstand (§ 26 BGB):
Stefan Mann (Vors.)
Elmar Hannen
Karsten Hansen
Stefan Lehmann
Johannes Pfaller

Tel. 08161/538473-0
Fax: 08161/538473-50
info@bdm-verband.de
www.bdm-verband.de

Wenn das die Erwartung ist, ist die Frage zu stellen, warum nicht auch die Verarbeiter ihren Lieferanten freiwillig über dem Marktpreis liegende Erlöse zugestehen sollen. Bezogen auf die Bäuerinnen und Bauern könnte dann z. B. der Schweine mästende Betrieb für die von ihm benötigten Ferkel aktuell gerne 50 Euro/Ferkel statt des aktuellen Vereinigungspreises von 23,50 Euro bezahlen.

Festzuhalten ist, dass sich die Teilnehmer der Wertschöpfungskette schlicht marktwirtschaftlich verhalten. Mit Befremden fällt uns allerdings auf, dass gerade diejenigen, die bei jeder sich bietenden Gelegenheit betonen, dass Angebot und Nachfrage den Preis regeln, Lösungen ins Spiel bringen, die darauf setzen, dass Marktteilnehmer freiwillig mehr zahlen sollen als sie müssen bzw. der Markt hergibt.

Zu erwarten, dass auch nur ein Teilnehmer der Wertschöpfungskette längerfristig freiwillig mehr zahlt als er muss, ist aus unserer Sicht eine irriige Annahme.

In einem Käufermarkt ist nun einmal für den Käufer (egal ob der Käufer der Verbraucher, der Handel, der Verarbeiter etc. ist) der Preis das entscheidende Einkaufskriterium bei ansonsten weitgehend gleicher Beschaffenheit und Qualität des Produkts. Dieses marktwirtschaftliche Prinzip gilt unabhängig vom Preisniveau. Auch auf einem insgesamt höheren Preisniveau werden Handel und Verbraucher weiterhin dem billigsten Angebot den Zuschlag geben, nur eben auf einem Niveau, das bessere Erzeugerpreise zulässt.

Wenn wir etwas ändern wollen, müssen wir uns mit der Marktstruktur und seinem Preisfindungssystem upside-down genauso befassen wie mit der Frage, wie Angebot und Nachfrage so beeinflusst oder gestaltet werden können, dass ein Preisniveau ermöglicht wird, das bessere Erzeugerpreise zulässt. In dieser Frage kommt neben der bäuerlichen Produktion automatisch auch die Politik ins Spiel, die darauf mit der Ausrichtung der Agrarpolitik maßgeblich Einfluss nimmt.

In einem Preisfindungssystem upside-down, in dem von oben nach unten kalkuliert wird, bleiben die Erzeuger letztlich auf den guten Willen ihrer Marktpartner angewiesen, ausreichend hohe Erzeugerpreise auszuführen. Ihre gestiegenen Kosten einfach an ihre Verarbeiter weiterberechnen, können sie de facto nicht.

Den Verarbeitern kommt in diesem Zusammenhang eine hohe Verantwortung zu, die sie aber in einem umkämpften Markt nur schwer wahrnehmen können und auch nicht wollen. Das Bundeskartellamt hat in seiner Sektoruntersuchung Milch ein eklatantes Marktgefälle zu Ungunsten der Milcherzeuger festgestellt. Weiter sieht das Bundeskartellamt wenig bis kein Interesse der Molkereiunternehmen an höheren Erlösen für die hergestellten Produkte wie auch an der Realisierung von höheren Milcherzeugerpreisen. Man könne von keinem funktionierenden Wettbewerbs- und Marktumfeld sprechen, so das Kartellamt. Trotzdem glauben immer noch einige Milchviehbetriebe an das Mantra der Verarbeitungsbetriebe, nur im Sinne der Erzeuger:innen zu agieren.

Diesem Mantra und dieser Branchengläubigkeit folgt man auch in vielen politischen Bereichen. Leider ist dies auch in Ihrem Ministerium der Fall. Man glaubt offenbar wirklich noch daran, dass die Molkereiebene vordergründig im Interesse der Milcherzeuger agiert, obwohl das Bundeskartellamt in seiner Sektoruntersuchung Milch ganz klar zu anderen Ergebnissen gekommen ist – insbesondere auch für die genossenschaftlich strukturierten Molkereiunternehmen.

Eine der Hauptursachen für die katastrophale wirtschaftliche Situation der Erzeuger:innen liegt unseres Erachtens aber in der Ausrichtung der EU-Agrarmarktpolitik auf eine globale Wettbewerbsfähigkeit der Ernährungs- und Verarbeitungsindustrie. Eingeläutet wurde diese Ausrichtung durch die politisch beschlossene Absenkung des sogenannten Stützpreisniveaus für Agrarprodukte mit der MacSharry-Reform 1992. Diesem Absenken folgte das am Markt erzielbare Erzeugerpreisniveau auf ein „global wettbewerbsfähiges“ Niveau. Das war, auch wenn es häufig abgestritten wird, die politische Zielsetzung hinter diesen politischen Beschlüssen. Als flankierende Maßnahme wurden die Direktzahlungen mit Ablaufdatum im Jahr 2000 mit dem Ziel eingeführt, die EU-Landwirtschaft bis dahin wettbewerbsfähig aufstellen zu können. Als weitere Maßnahme, um die EU-Tierhaltung wettbewerbsfähig zu machen, wurden die Importzölle für Futtermittel/Soja aus Drittländern auf Null reduziert.

Wie gut das funktioniert hat, zeigt schon allein der Blick auf diese zwei flankierenden Maßnahmen. Von den Direktzahlungen, obwohl es sie nach Lesart 1992 heute gar nicht mehr geben dürfte, sind wir fast 30 Jahre nach ihrer Einführung wirtschaftlich abhängiger denn je. Durch die hohen Futtermittelimporte werden große Mengen an Nährstoffen importiert, die wiederum zumindest in sogenannten Hotspots der Veredelung zu Nährstoffproblematiken geführt haben. Von dieser EU-Agrarpolitik hat vor allem die Verarbeitungs- und Ernährungsindustrie profitiert. Natürlich haben sich auch unsere Betriebe weiterentwickeln können, das steht außer Frage. Der dafür zu zahlende Preis (Arbeitsbelastung, Kapitalrisiko etc.) erscheint jedoch vielen unserer potenziellen Hofnachfolger zu hoch. Auch wenn 1992 die mit der Mac Sharry-Reform verbundene Zielrichtung notwendig gewesen sein mag, bedeutet dies nicht, dass diese Zielrichtung auch heute noch immer der richtige Weg ist.

Mit Blick auf die Zukunft sind Maßnahmen wie die Umsetzung des UTP-Gesetzes, die Verständigung auf einen gemeinsamen Verhaltenskodexes, die Kennzeichnung der nationalen Herkunft, Werbeverbot für Fleisch etc. sicherlich dienlich.

Dabei aber anzunehmen, dass sich mit weiteren flankierenden Maßnahmen eine Marktsituation einstellt, die zu deutlich höheren Preisen für unsere Agrarprodukte führt, ist ein Irrglaube.

Wir stehen vor gewaltigen Herausforderungen mit Blick auf Klima, Umwelt und Tierschutz. Um diese wirklich schultern zu können, brauchen wir krisenfeste und wirtschaftlich nachhaltig aufgestellte Betriebe. Die Corona-Krise hat zudem gezeigt, wie wichtig regionale Strukturen und ein Denken und Wirtschaften in Kreisläufen ist.

Die bäuerlich denkende und agierende Landwirtschaft in die Lage zu versetzen, ihre Höfe wirtschaftlich nachhaltig weiterzuentwickeln, bedeutet aber auch, dass es eine Neu-Ausrichtung der Agrarpolitik braucht, die nicht in erster Linie die günstige Rohstoff-Versorgung der Verarbeitungs- und Ernährungsindustrie zum Ziel hat.

Ohne Veränderung dieser Zielrichtung durch veränderte Weichenstellungen fährt der Zug weiter auf dem gleichen Gleis. Um die Agrargelder langfristig für die Landwirtschaft sichern zu können, müssen diese mit ganz konkreten Leistungen, die die Landwirtschaft für Umwelt-, Klima- und Naturschutz erbringen kann, verknüpft werden. Das Haupteinkommen aber muss aus dem Verkauf unserer Agrarprodukte erzielt werden können. Dazu bedarf es einer sehr deutlichen Verbesserung der Marktstellung der Landwirtschaft gegenüber ihren Marktpartnern – den Verarbeitungsunternehmen.

Zur Verbesserung der Marktstellung gibt es entsprechende Überlegungen, die in der BDM-Sektorstrategie 2030 näher ausgeführt wurden.

Wären die Alternativvorschläge der Verbände der Molkereiindustrie dazu zielführend und vor allem ernst gemeint, hätte sich die so prekäre wirtschaftliche Lage der Erzeuger:innen so gar nicht einstellen dürfen.

Die Verlautbarung der Bundesregierung, dass durch die CO₂-Bepreisung keine steigenden Lebensmittelpreise zu erwarten seien, lässt vermuten, dass sie selbst davon ausgeht, dass auch diese Kosten wieder zu den Bäuerinnen und Bauern durchgereicht werden können – Verarbeiter und Handel werden sie auf keinen Fall tragen. In der aktuellen Situation ist diese Aussage daher ein fatales Signal.

Mit freundlichen Grüßen



Stefan Mann

Bundenvorsitzender



Hans Foldenauer

Vorstandssprecher